

Volkswirtschaft

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **10 (1918)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Arbeiter, die mehr als zwei Jahre aus der Lehre sind. Im ersten Jahr nach der Lehre beträgt der Minimallohn vom 1. November an 98 Ots., im zweiten Jahr 1 Fr. 13. Für Hilfsarbeiter, die das 19. Lebensjahr vollendet haben und mindestens ein Jahr in der Holzbranche tätig sind, 1 Fr. 05.

Die Lohnzuschläge für Ueberstunden usw. wurden teilweise erhöht und weiter ausgedehnt, die Entschädigungen für auswärtige Arbeit neu geregelt.

Als neue Errungenschaft ist die Einführung bezahlter Ferien zu verzeichnen, die vom dritten bis zum fünften Jahre der Tätigkeit drei Tage, vom sechsten Jahre an sechs Tage dauern sollen. Die Löhne können einer halbjährlichen Revision unterzogen werden.



Aus andern Organisationen.

Ein Streik der Bankangestellten. Wer hätte sich das noch vor kurzem träumen lassen! Die wirtschaftliche Not räumt aber mit gar manchen Vorurteilen und vielem Ständedünkel auf, und so kam es, dass, als die Zürcher Bankherren protzig tun und ihren elend bezahlten Angestellten die wohlverdienten Lohnerhöhungen nicht bewilligen wollten, diese zu einem ganz einfachen — zum Streik. Unter tatkräftiger Mitwirkung der Arbeiterunion Zürich, die zu ihrer Unterstützung sogar den Generalstreik erklärte, konnte die Bewegung nach zweitägiger Dauer erfolgreich beendet werden. Die erreichten Besoldungsansätze dürfen sich wohl sehen lassen. Aushilfspersonal und provisorisch Angestellte erhalten 2700—4800 Fr.; Gehilfinnen II. Klasse 3600 bis 5200 Fr.; Angestellte III. Klasse 4300—6200 Fr.; Korrespondenten III. Klasse 4800—6800 Fr. und so weiter steigend bis 6300—8600 Fr. für Buchhalter I. Klasse.

So dringt die Erkenntnis der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Methoden auch in Kreise, die bisher dem Klassenkampf nur ablehnend gegenüberstanden.



Genossenschaftsbewegung.

Die Delegiertenversammlung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine vom 22. Juni 1918 verlangte die einheitliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Wege des kollektiven Arbeitsvertrages und mit einem dieser Institution übergeordneten Tarifamt. Auf Grund einer Umfrage bei den Verbandsvereinen ist durch die Verbandskommission des V. S. K. festgestellt worden, dass eine grössere Anzahl Konsumvereine, und zwar die mit den meisten Angestellten, bereit ist, einem solchen Arbeits- und Lohn tariff beizutreten. Sonntag den 6. Oktober tagten 57 Delegierte dieser Vereine in Olten, wo beschlossen wurde, die nötigen Vorarbeiten und die Unterhandlungen mit den Organen der Gewerkschaftsverbände einer 13gliedrigen Kommission zu übertragen. Der Landestarif soll regeln: 1. die Arbeitszeit; 2. den Lohn; 3. die Ueberstunden; 4. die Sonntagarbeit; 5. die Ferien; 6. Krankheit; 7. den Militärdienst; 8. die Art und Weise der Anstellung; 9. die Kündigung; 10. die Versicherung.



Volkswirtschaft.

Eine schweizerische Schiffahrtgenossenschaft. Eine vielbelachte Utopie soll verwirklicht werden. Die Schweiz geht unter die seefahrenden Nationen. Die

Schiffsraumnot hat dazu geführt, dass mit einem Kapital von 100 Millionen Franken, von dem der Bund 50 Millionen übernimmt, eine Schiffahrtgenossenschaft gegründet werden soll. Die übrigen Teilhaber sollen sich aus den Kreisen der S. S. S. rekrutieren. Der Bund soll im Verwaltungsrat das absolute Mehr haben.

Der verfügbare Schiffsraum soll 105,000 Bruttotonnen und 88,000 nutzbare Tonnen betragen gegen 50,000 Tonnen, die dem Bund jetzt zur Verfügung stehen. Allerdings ist es noch ungewiss, ob dieser Schiffsraum auch wirklich verfügbar ist, oder ob nicht wieder Stärkere die Hand darauf legen.

Man rechnet damit, dass das Anlagekapital schon in zwei Jahren amortisiert ist und dann auf die Verbilligung der Frachten hingewirkt werden soll. Wir sind gespannt, ob bei diesem Experiment etwas herauskommt.

Kartoffelversorgung. Die Art, wie die Verteilung der diesjährigen Kartoffelernte durchgeführt wird, entspricht den Interessen der Konsumenten so wenig als das früher der Fall war. Auf den Einspruch der Arbeiterschaft wegen der viel zu geringen Ration wurde diese mit der « schlechten » Ernte begründet. Nunmehr sieht sich das Bauernsekretariat zu der Erklärung bemüht, die Ernte sei doch besser als man erwartet habe. In Anbetracht der « schlechten » Ernte wurden aber auch ausserordentlich hohe Preise festgesetzt. Der Bundesrat stellt nun den Konsumenten für das nächste Frühjahr eine weitere Ration in Aussicht. Ob er das Versprechen halten kann, ist aber sehr fraglich.

Für die Minderbemittelten will der Bundesrat an die 20 Fr. pro Doppelzentner übersteigenden Kosten zwei Drittel bezahlen, wenn Kanton und Gemeinde ein Drittel beisteuern; der Bundesbeitrag soll mindestens 2 Fr. 67 betragen.

Als ganz unsinnig muss das Verbot des direkten Verkehrs zwischen Produzenten und Konsumenten bezeichnet werden, das in einzelnen Kantonen streng gehandhabt werden soll und eine Verteuerung der Kartoffeln bis zu 40 % bedeutet.

Brotversorgung. Die ganz ungenügende Brotversorgung macht sich in Arbeiterkreisen immer drückender fühlbar, um so mehr als auch bei der Zuteilung von Zusatzbrotkarten immer rigoroser verfahren wird. Der Bundesrat, dem die Unhaltbarkeit der jetzigen Ration eindringlich vorgestellt worden ist, hat versprochen, sein möglichstes zu tun, um die Getreidezufuhr so zu steigern, dass die Rationen um die Hälfte erhöht werden können.

Der Bundesrat hat ferner beschlossen, den Beitrag an das Brot für die Minderbemittelten um 2 Rp. zu erhöhen, in der Meinung, dass Kantone und Gemeinden ihren Beitrag um 1 Rp. erhöhen. Damit soll für diese Kategorien ein weiterer Brotpreisaufschlag vermieden werden. Der erhöhte Beitrag ist infolge der Steigerung der Preise für Brennmaterial und Löhne erfolgt.

Milchversorgung. Auf 1. November tritt die eidgenössische Milchrationierung in Kraft. Sie bringt für viele Kantone einschneidende Änderungen. Die Milchration für Erwachsene und Jugendliche über 15 Jahren beträgt 0,5 Liter pro Tag, für Kinder von 5—15 Jahren und für Leute über 60 Jahren 0,75 Liter, für Kinder unter 5 Jahren 1 Liter pro Tag.

Es wird in Aussicht gestellt, dass diese Ration vielleicht im Laufe des Winters noch beträchtlich gekürzt werden muss, da die Aussichten für die Aufrechterhaltung der jetzigen Produktion schlecht seien. Bereits wird auch mit der Schliessung der Kondensmilchfabriken Ernst gemacht.

Nach einer Uebersicht des Milchamtes zeigt die letzte Viehzählung in bezug auf die Milchkühe das folgende Bild:

	1911 Stück	1916 Stück	1918 Stück
Kühe	796,909	849,011	785,547
Anderes Rindvieh	646,574	766,822	744,618
Gesamtbestand	1,443,483	1,615,893	1,530,165
Milchkühe	55,2 %	52,54 %	51,33 %

Der Rückgang scheint an sich nicht bedeutend, es muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Milchertrag pro Kuh eine Minderung erfahren hat, dass die Bevölkerungszahl seit 1911 um einige Hunderttausend gestiegen ist und schliesslich, dass wir heute bei der sonstigen Knappheit an Lebensmitteln viel mehr auf die Milch angewiesen sind als dies vor dem Krieg der Fall war.

Wohnungsfrage. In dieser brennenden Frage ist es endlich auch einen Schritt vorwärtsgegangen, indem der Bund der Gemeinde Bern die Summe von 2 Millionen Franken zu einem Zinssuss von 2½ % unter der Bedingung zur Verfügung stellen will, dass Kanton und Gemeinde je die gleiche Summe aufbringen.

Bereits hat sich auch Zürich gemeldet mit dem Begehren um ein Darlehen von 7 Millionen Franken.



Schweizerische Volksfürsorge.

Nachdem der Schweizerischen Volksfürsorge vom Bundesrat die Konzessionierung erteilt worden war, hielt der Verwaltungsrat Sonntag den 29. September 1918 eine Sitzung in Olten ab. Aus den Verhandlungen dürfte folgendes einen weitem Kreis interessieren:

Der neugewählte Verwalter, Herr E. Lienhardt-Wirz, bisher Beamter der Bâloise, wird seine Tätigkeit bei der Volksfürsorge am 1. Oktober aufnehmen. Es soll ihm Kollektiv-Prokura erteilt werden. Das Bureau der Volksfürsorge befindet sich in Basel in der Liegenschaft des Verbandes schweizerischer Konsumvereine an der Tellstrasse Nr. 58. Die Volksfürsorge tritt ausser in den Verband schweizerischer Konsumvereine, was schon in den Statuten vorgesehen ist, auch in die Versicherungsanstalt schweizerischer Konsumvereine ein für die Invalidenversicherung und die Hinterlassenenversicherung ihres Personals. Bei der Erteilung der Konzession wurde die Leistung einer Kautions von 100,000 Fr. verlangt. Diese erfolgt aus dem vom Verband schweizerischer Konsumvereine unaufkündbar und für die ersten fünf Jahre unverzinslich zur Verfügung gestellten Garantiekapital von 250,000 Fr. Später soll dieses Kapital nach den Statuten zu 5 Prozent verzinst und, sobald die Mittel der Volksfürsorge es gestatten, in jährlichen Raten dem Verband zurückbezahlt werden. Solange dies nicht geschehen ist, hat gemäss den Statuten der Aufsichtsrat des V. S. K. das Recht, fünf Mitglieder des Verwaltungsrates zu ernennen. Für die Konzessionierung wurde nun aber ausserdem noch die Bedingung gestellt, dass ein Gründungsfonds, à fonds perdu, von 100,000 Fr. geschaffen werde. Die Organe der Volksfürsorge wandten sich in dieser Sache an den Verband Schweizerischer Konsumvereine und an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Von letzterem konnte die sofortige Leistung eines grösseren Beitrages nicht in Aussicht gestellt werden. Der V. S. K. dagegen erklärte sich bereit, bis auf weiteres diese 100,000 Fr. zur Verfügung zu stellen. Er knüpft daran die Bedingung, dass, wenn er endgültig mehr als 50,000 Fr. aufbringen müsse, er auch nach Rückzahlung des Garantiekapitals von 250,000 Fr. das Recht behalte, fünf Mitglieder des Verwaltungsrates zu ernennen. Zu diesem Zwecke müsste Absatz 2 des § 26 der Statuten der Volksfürsorge gestrichen werden. Der Verwaltungsrat der Volksfürsorge nahm diese Schenkung mit bestem Dank entgegen und verpflichtete sich, der nächsten General-

versammlung die gewünschte Statutenänderung zu beantragen. Das Datum der Betriebseröffnung wurde, wie schon früher vorgesehen war, endgültig auf den 1. Dezember 1918 festgesetzt; diejenigen Mitglieder, welche sich schon vor der konstituierenden Generalversammlung angemeldet haben, sollen jedoch sofort, also vor dem 1. Dezember, eingeladen werden, einen formellen Versicherungs-Vertrag auszufüllen. Zur Orientierung über den Abschluss von Kollektivversicherungen wurde eine Konferenz auf den 10. November zwischen dem Verwaltungsrat und Vertretern interessierter Verbände vorgesehen.

Volkerversicherung auf Gegenseitigkeit.

An Konsumvereine, Berufsverbände und andere Organisationen! Die *Schweizerische Volksfürsorge*, Volkerversicherung auf Gegenseitigkeit, wird am 1. Dezember nächsthin ihren Geschäftsbetrieb eröffnen. Konsumvereine, Berufsverbände und andere Organisationen, welche geneigt sind, eine *Agentur* (Vermittlungs- und Zahlstelle) zu übernehmen, sind eingeladen, dies der *Verwaltung der Volksfürsorge, Volkerversicherung auf Gegenseitigkeit*, Tellstrasse 58, Basel, mitzuteilen.



Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau (S. G. G.)

Am 7. Oktober 1918 fand in Basel die konstituierende Generalversammlung der Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau (S. G. G.) statt. Die Statuten wurden festgestellt. Alle Personen und Organisationen, welche sich für die Genossenschaft interessieren, können die Statuten und Beitrittserklärungen durch das Bureau der Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau (S. G. G.), Thiersteinerallee 22, Basel, beziehen.

Gemäss den Statuten besteht der Verwaltungsrat aus mindestens neun Mitgliedern. Die Generalversammlung hat beschlossen, elf Mitglieder zu wählen. Es wurden gewählt: 1. Dr. R. Kündig, Präsident des Aufsichtsrates des V. S. K., Basel. 2. B. Jäggi, Präsident der Verwaltungskommission des V. S. K., Basel. 3. Dr. Leo Müller, Chef der Abteilung für Landwirtschaft des V. S. K., Basel. 4. A. Huggler, Nationalrat, Zürich. 5. Dr. F. Mangold, Regierungsrat, Basel. 6. Dr. J. Lorenz, Vorsteher des kantonalen Ernährungsamtes, Zürich. 7. G. Martinet, Directeur, Lausanne. 8. Fernand Poudret, Kerzers (Freiburg). 9. Hans Feigenwinter, Basel. 10. Jules Marmillod, Lausanne. 11. Gottl. Kamber, Privatier, Högendorf b. Olten.

Herr Nationalrat Huggler teilt mit, dass er die Wahl nicht annehmen könne. Das Oltener Aktionskomitee schlägt an Stelle des Herrn Huggler Herrn Grossrat Fritz Schneider in Biel vor. Die nächste Generalversammlung wird die Ersatzwahl und eventuell auch noch weitere Wahlen vorzunehmen haben.

Als Revisoren (Kontrollstelle) bezeichnete die Generalversammlung:

1. Treuhandabteilung des Verbandes schweizerischer Konsumvereine (V. S. K.), Basel. 2. W. Walter, Verwalter des Konsumvereins Erstfeld.

Als Ersatzmann der Revisoren ernannte die Generalversammlung M. Klunge, Verwalter, Lausanne.

Nach den Bestimmungen der Statuten hat sich der Verwaltungsrat selbst zu konstituieren. Er bezeichnete als Präsidenten Dr. R. Kündig, Basel; als Vizepräsidenten Directeur G. Martinet, Lausanne; als Sekretär Dr. Leo Müller, Basel.

Als Geschäftsleiter wird vom Verwaltungsrat berufen Hans Keller, Landwirtschaftslehrer, Rütli, zurzeit in Bremgarten b. Bern.